

# Bittere Klagen über Untätigkeit der Politik

Kritische Wortmeldungen bei Hauptversammlung des Fluglärm-Schutzverbands – Kandidaten sollen befragt werden

Von Norbert Höhn

**Freilassing.** Die Geduld vieler fluglärmgeplagter Bürger erreicht langsam ihre Grenzen, so kann die Aussprache bei der Hauptversammlung des Fluglärm-Schutzverbands (wir berichteten) zusammengefasst werden. Einstimmig angenommen wurden die Anträge für eine Fluglärm-Demonstration auf der Grenzbrücke und zur Verteilung eines Fragebogens an die Kandidaten der Kommunalwahl 2020.



„Warum duckt sich die Politik weg und benützt den Schutzverband als Vehikel und Alibifunktion für Nichtstun“, diese Frage stellte **Eberhard Seidl** in den Raum. An die Verbandsvorsitzende Bettina Oestreich gewandt, sagte er: „Sie arbeiten sich hier auf und werden wie in einem Hamsterrad vorgeführt, während die Politik untätig bleibt.“ Seine Frage

an die lokalen Politiker: „In welcher Form will man unser Anliegen endlich nach Berlin tragen?“ Den aktuellen Zustand bezeichnete Seidl als unerträglich. „So können wir nicht weitermachen.“ Bettina Oestreich wollte dies in der Form nicht stehen lassen: „Uns geht es auch um effizientes Netzwerken. Wir haben über die Jahre eine gute und offene Beziehung zur lokalen Politik, aber auch nach München und Berlin aufgebaut.“ Bürgermeister Bernhard Kern fügte an, dass der Schutzverband keinesfalls vorge-schoben werde. „Wir können nur im engen Schulterschluss miteinander arbeiten.“

Ausführlich meldete sich **Dr. Horst Clausen**, langjähriger Vorsitzender des Schutzverbands zu Wort. Er wies darauf hin, dass alle



Flugbewegungen, die sich unter 10 000 Fuß (3 000 Meter) abspielen, im nationalen Recht geregelt

werden. „Das Recht, nach Salzburg einzufliegen, liegt bei Deutschland und dieses Recht wird nicht in Anspruch genommen“, stellt Clausen klar. Die einzigen, die dieses Recht einklagen könnten, seien die Politiker. „Pistennutzungskonzept“ sei ein neuer Begriff, mit dem man wieder nur ablenken und verzögern wolle. „Der Staatsvertrag, den wir 1974 ratifiziert haben, steht auf äußerst wackligen Beinen“, so Clausen weiter. Wie es auch anders gehen könne, zeige der Staatsvertrag über grenznahe Flugplätze, der zwischen Österreich und der Schweiz geschlossen wurde. Dazu gebe es eine Durchführungsverordnung, die von beiden Staaten gemeinsam erarbeitet worden sei. „Hätten wir eine ähnliche Vereinbarung, bräuchten wir uns nicht ständig mit Detailfragen rumzuschlagen“, so Clausen. Sein Fazit: „Wir lassen uns ständig an der Nase herumführen. Es wird Zeit, dass wir zu einem Ergebnis kommen.“

Stadtrat **Wolfgang Hartmann** wollte wissen, ob es nicht möglich ist, statt der Dauerschallmessung



Einzelereignisse zu messen und zu bewerten. Zudem forderte er eine Deckelung der Flugbewegungen, bevor man über prozentuale Verteilung spreche. Mit Blick auf die aktuelle Klimadiskussion zeigte sich Barbara Höhn optimistisch: „Da wird sich auch im Bereich Fliegen was verändern, denn die Menschen sind sehr sensibel geworden.“ Hans Weiß aus Surheim kritisierte, dass im Bebauungsplan-Verfahren „Surheim-Südost 2“ im Lärmgutachten die Daten des „Ministeriums für ein lebenswertes Österreich“ verwendet werden. „Ich will die Surheimer trösten“, meldete sich Erich Prechtl zu Wort. „Das Emissionsgutachten zum Freilassing Seniorenheim am Sonnenfeld berücksichtigt zwar den Bahn- nicht aber den Fluglärm.“ Maria Bräuer brachte ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass junge Leute kaum auf das Thema „Fluglärm“ anzusprechen sind. Zudem for-

derde sie, dass auch in den Nachbargemeinden Messstationen aufgestellt werden sollen.

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag von Eberhard Seidl angenommen, die nächste Demonstration des Schutzverbands auf der Grenzbrücke abzuhalten. Zustimmung fand auch der schriftlich vorgelegte Antrag von **Uwe Paschke**, im Vorfeld der Kommunalwahlen



2020 einen Fragenkatalog an sämtliche Kandidaten zu verteilen. „Die zur Wahl An-tretenden sollen sich klar positionieren, ob und wie sie im Falle der Übernahme eines Amtes sich für die Belange der fluglärm-betroffenen Bürger im Rupertiwinkel einzusetzen gedenken“, heißt es in dem Antrag. Die Antworten sollen auf der Homepage des Schutzverbands veröffentlicht werden und so für die Bürger eine Hilfe bei ihrer Wahlentscheidung sein.

– Fotos: Norbert Höhn